



Jens Petermann, MdB +++ Neues aus Berlin +++ Jens Petermann, MdB +++ Neues aus Berlin

Thema der Woche: »Rechtsextremismus und Verfassungsschutz«

## Erinnerung muss das Handeln leiten

Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrationslager Auschwitz durch sowjetische Truppen befreit. Symbolisch wird an diesem Tag seit 1996 der Opfer des Nationalsozialismus auch in einer Feierstunde im Deutschen Bundestag gedacht.

Vor dem Hintergrund der gerade aufgedeckten Mordserie der rechtsextremen Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) ist dieses Gedenken aktueller denn je. Es ist der unendlich lange Schatten der Vergangenheit, der die Deutschen hier einholt. In einer mutmaßlich funktionierenden Demokratie konnten rechte Gesinnungstäter mindestens zehn Morde an Menschen nichtdeutscher Abstammung begehen.

Politiker aus vielen Parteien sprechen von der „Unfassbarkeit“ eines solchen Umfangs rassistischer Gewalt in einem demokratisch verfassten Land wie der Bundesrepublik. Diese Haltung offenbart entweder Hilflosigkeit oder Scheinheiligkeit. Wer hingesehen hat in den vergangenen Jahren, der wusste, dass es diese menschenverachtende Gewalt hierzulande gibt. Die zehn Morde der sogenannten Zwickauer Zelle eingerechnet haben in den vergangenen Jahren mehr als 150 Menschen durch rechtsextremistische Straftaten ihr Leben verloren.

Diese Zahl ist erschütternd und hätte längst zu mehr Gegenwehr der angeblich so „wehrhaften“ Demokratie führen müssen. Doch das Bundesamt für Verfassungsschutz und seine Befehlsgeber im Bundesministerium des Inneren erweisen sich – wie schon länger vermutet – auf dem rechten Auge blind. Zudem hat Frau Schröder, die dem Bundesministerium für Familie vorsteht, eine Extremismusklausel eingeführt, die die ehrenamtliche Arbeit von antifaschistischen Initiativen erheblich erschwert, teilweise sogar unmöglich macht.

All das lässt auf eine gewisse Scheinheiligkeit der Verantwortlichen schließen. Ernstzunehmendes Engagement gegen rassistische und menschenverachtende Gewalt in Deutschland sieht anders aus. In diesem Kontext muss auch der Streit um die Stärke des Bundestagsuntersuchungsausschusses, der die NSU-Mordserie beleuchten soll, eingeordnet werden. Union, FDP und SPD haben ihre breite Mehrheit genutzt, um DIE LINKE und Grüne so weit es geht in ihren parlamentarischen Möglichkeiten zu beschneiden: Bei elf Mitgliedern im Ausschuss können die beiden kleineren Oppositionsparteien nicht einmal erfolgreich ohne auf Zustimmung der anderen Vertreter angewiesen zu sein, Beweisanträge stellen.

Angesichts des Ausmaßes an Gewalt hätte man mehr Gespür für demokratische Grundsatzregeln erwarten können. So allerdings kann leicht der Eindruck entstehen, dass die staatstragenden Parteien der letzten Jahrzehnte Angst davor haben, dass auch für sie unliebsame Details ans Tageslicht treten.

## 27. Januar 2012

ANGEMERKT

### Außer Verhältnis

*Während Neonazi-Banden jahrelang ungehindert mordend und raubend durchs Land ziehen, werden LINKE-Parlamentarier vom Bundesamt für Verfassungsschutz systematisch beobachtet. Sieben gutbezahlte Mitarbeiter werden von der obersten Behörde, die die Verfassung schützen soll, abgestellt, um Material zu sammeln, das der politisch interessierten Öffentlichkeit längst bekannt ist.*

*390.000 Euro jährlich werden aus dem Staatssäckel für dieses Personal locker gemacht. Für die Beobachtung der rechtsextremen NPD, die nachweislich in die Morde der Zwickauer Zelle verwickelt ist, sollen 590.000 Euro und zehn Mitarbeiter eingesetzt werden.*

*Zeitgleich wird deutlich, dass die deutschen Sicherheitsbehörden mehr als ein Jahrzehnt nicht in der Lage oder nicht willens waren, Taten einer rechtsextremen Terror-Gruppe in den Zusammenhang zu stellen, in den sie offensichtlich gehören.*

*Es erhärtet sich vielmehr der Verdacht, dass die zehn Morde teilweise mit finanzieller Unterstützung staatlicher Stellen begangen wurden. V-Leute des Verfassungsschutzes sollen Gelder an die Gruppe im Untergrund weitergeleitet haben.*

*Ob der Untersuchungsausschuss Licht ins Dunkel dieses ungeheuerlichen Versagens bringen kann, ist fraglich. Die Interessen der staatstragenden Parteien und ihrer Vertreter in den öffentlichen Behörden könnten durch zu viel Wahrheit berührt werden.*

*Fest steht aber schon heute: Ein Verfassungsschutz, der nicht in der Lage ist, menschenverachtende Taten aufzuklären, sich aber mit der Beobachtung von demokratisch gewählten Volksvertretern die Zeit vertreibt, hat diesen Namen nicht verdient.*



Foto: Linksfraktion

Gegen Nazis  
Plakataktion für die  
Demo in Dresden

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

## Erinnern und aufklären

Auch in weiteren Debatten beschäftigten sich in dieser Woche die Abgeordneten des Deutschen Bundestages mit der Nazi-Vergangenheit. Dabei lehnten die Koalitionsfraktionen sowohl einen Antrag zur Unterstützung der Gedenkstätte des Vernichtungslagers im polnischen Sobibor als auch einen Antrag auf Offenlegung aller Nazi-Verstrickungen des Bundesnachrichtendienstes ab. Beide Anträge hatte die Linksfraktion ins Parlament eingebracht.

Zwar wurde im vergangenen Jahr eine Expertenkommission eingesetzt, die die Geschichte des BND aufarbeiten soll. Allerdings dürfen die Akten nicht von den frei gewählten Abgeordneten des Bundestages eingesehen werden – begründet wird dies mit dem Geheimhaltungsschutz. Es ist zu fragen, welche Skandale in diesen Akten noch verborgen sind, dass sie nach 50 oder 60 Jahren weiterhin der Geheimhaltung bedürfen.

Längst ist klar, dass die Vorläuferorganisation des BND, die Organisation Gehlen, bereits 1952 wusste, wo sich der Nazi-Verbrecher Eichmann zu diesem Zeitpunkt aufhielt. Wir wissen auch, dass der Schlächter von Lyon, Klaus Barbie, für den BND gearbeitet hat. Was droht also noch Schlimmes ans Tageslicht zu kommen, dass die Unterlagen den Abgeordneten vorenthalten werden? Auch die Ablehnung des zweiten Antrages erfolgte ohne stichhaltige Gründe. Angeblich sind die finanziellen Probleme der Gedenkstätte in Sobibor inzwischen gelöst. Was allerdings keine Garantie dafür sein kann, dass ähnliche Schwierigkeiten dort oder bei anderen Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus erneut auftreten. Man wolle sich nicht ungefragt in die Angelegenheiten anderer Staaten einmischen, schon gar nicht in derart sensiblen Fragen. Dabei sollten die Abgeordneten aller Fraktionen dringend darüber nachdenken, wie ein Gesamtkonzept zur Erhaltung der Gedenkstätten und Denkmäler aussehen könnte, das nicht den Eindruck erweckt, sich in irgendeiner Weise ungefragt einzumischen. Es muss nicht nur nach meiner Überzeugung von dem Gedanken getragen sein, dass die Verantwortung für die damalige Zeit niemals enden wird.

*Rede von Jan Korte am 26. Januar 2012 im Deutschen Bundestag*

### „Beobachtung der Linksfraktion ist antidemokratisch“

[...]Ich bin 1977 in Osnabrück, Niedersachsen, geboren worden, und beim Fall der Mauer war ich zwölf Jahre alt. Niemals hätte ich mir erträumt, vom Inlandsgeheimdienst der Bundesrepublik Deutschland beobachtet und überwacht zu werden.

*(Manfred Grund (CDU/CSU): Es gibt Schlimmeres!)*

Dass Akten über mich und meine Freunde einmal gesammelt werden würden, das wäre für mich schier unglaublich gewesen, und ist es heute erst recht.

*(Beifall bei der LINKEN und den Grünen)*

2009 wurden ich und viele andere der LINKEN in Sachsen-Anhalt – das liegt bekanntermaßen in Ostdeutschland – direkt in den Deutschen Bundestag gewählt. Jetzt fragen sich die Wählerinnen und Wähler zu Recht, ob sie eigentlich noch unbefangen und vertraulich mit ihren Abgeordneten reden können. Damit zerstören Sie Vertrauen in die Politik vor Ort. Das ist wirklich bodenlos.

*(Beifall bei der LINKEN und den Grünen – Hans-Christian Ströbele: Das stimmt!)*

Das Kernproblem, um das es aber eigentlich geht, ist die Tatsache – denken Sie doch einmal darüber nach – dass ein Geheimdienst parteipolitisch benutzt wird, um eine Oppositionsfraktion zu beobachten. Das ist schlicht antidemokratisch.

*(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten Grünen – Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP): Das ist Unsinn!)*

Die Linke setzt auf die Kraft der Argumente gegen Krieg, Sozialabbau und einen völlig enthemmten Finanzkapitalismus. Das ist durch und durch demokratisch und angemessen in diesen Zeiten.

*(Beifall bei der LINKEN)*

[...]Die zweite Anmerkung richtet sich an die CSU, weil Sie bei dieser Debatte besonders engagiert und geifernd auftreten. Ausgerechnet von der CSU, die in der Vergangenheit durch ihre Kumpanei mit dem Pinochet-Regime in Chile und dem südafrikanischen Apartheidregime aufgefallen ist, brauchen wir keine Nachhilfe!

*(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der CDU/CSU: Oh! – Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU): Lächerlich!)*

Sie sollten bei diesem Thema in Demut schweigen.

*(Manfred Grund (CDU/CSU): Das hat ja einen Ulbricht-Bart! – Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP): Ihr sitzt ja bei dem Castro immer noch auf dem Schoß!)*

Ich fasse zusammen: Erstens. Die Überwachung der Opposition – gleich welcher Opposition – durch einen Geheimdienst verstößt gegen die Grundidee des demokratischen Rechtsstaates und verhindert Chancengleichheit im politischen Wettbewerb.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Zweitens. Nicht Gesetze der Linken, sondern vor allem Ihre Gesetze wurden in den letzten Jahren mehrfach vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig beanstandet. DIE LINKE hat keinem einzigen dieser Gesetze zugestimmt.

*(Beifall bei der LINKEN)*

Ich weiß nicht, inwieweit es bei Ihnen angekommen ist: Seit 1990 gibt es die DDR nicht mehr. Das ist für Ihr Weltbild, das nur aus Schwarz-Weiß besteht, offenbar ein Problem. Der Kalte Krieg ist dementsprechend seit über 20 Jahren vorbei. Ihre Kalte-Krieg-Rhetorik, die Sie an den Tag legen, ist ohne eine historische Grundlage, und sie ist intellektuell erbärmlich. Auch das muss hier gesagt werden.

*(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der Grünen)*

[...]Wir werden die Demokratie und den Sozialstaat weiter verteidigen,

*(Lachen bei der CDU/CSU und der FDP Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP): Das ist ja lächerlich!)*

den Sie – das sage ich Ihnen auch – abreißen und beschädigen. Das werden wir weiterhin tun. Wir werden im Übrigen weiter unbeirrbar für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen, für die Idee des demokratischen Sozialismus eintreten. Da können Sie ganz sicher sein.

*(Beifall bei der LINKEN – Volker Kauder (CDU/CSU): Vorwärts Genossen!)*

*Die vollständige Rede ist zu finden unter:*

<http://www.linksfraktion.de/reden/beobachtung-oppositionsfraktion-antidemokratisch/>